

Zeitschrift für

VERKEHRS-**ZVR** RECHT

Sonderheft

Redaktion Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl

Dezember 2016

12a

485 – 556

ZVR-Verkehrsrechtstag 2016

Themen

Straßenverkehrsrecht

**Standpunkte zur Freigabe von
Forststraßen für Mountainbiker**

Reise und Terror

**Verkehrsunfall von A bis Z:
Gefährdungshaftung und
Internationales**



→ Editorial	485
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

Beiträge

→ 10. ZVR-Verkehrsrechtstag 2016: Tagungsbericht	489
<i>Von Armin Kaltenegger, Stefan Perner, Birgit Salamon, Martin Spitzer</i>	

→ Neues aus dem Verkehrsrecht	491
---	-----

Aktuelle Entwicklungen in der Bundesgesetzgebung

Mit diesem Beitrag wird die aktuelle Entwicklung in den (bundesrechtlichen) Kerngesetzen des Straßenverkehrsrechts und den hierzu erlassenen Verordnungen angesprochen. Im Wesentlichen werden ein Rückblick auf die seit dem letzten ZVR-Verkehrsrechtstag in Kraft getretenen Änderungen sowie ein Einblick in laufende legislative Vorhaben geboten.

Von Stefan Mann und Eva Unger

→ Illegale Drogen aus dem Blickwinkel des Führerscheinsrechts	495
---	-----

Überblick über die wesentlichen Verfahrensarten

Der Konsum illegaler Substanzen stellt kein gesellschaftliches Randphänomen dar. Damit verbunden sind zahlreiche führerscheinsrechtliche Fragestellungen, die vom Entzug der Lenkberechtigung wegen Lenkens eines Kraftfahrzeugs im durch Suchtgifte beeinträchtigten Zustand bis hin zur Überprüfung der gesundheitlichen Eignung und damit verbundenen Befristungen und Einschränkungen der Lenkberechtigung führen.

Von Martin Feigl

→ Medikamente und Teilnahme am Straßenverkehr	499
---	-----

Fortschreitende gesundheitliche Versorgung, erhöhtes Gesundheitsbewusstsein der Bürger, aber naturgemäß auch ein steigendes Durchschnitts- und Höchstalter der Teilnehmer am Straßenverkehr machen ein Massenproblem sichtbar: die Teilnahme von Menschen am Straßenverkehr unter dem Einfluss von Medikamenten und der Wirkung von Therapien.

Von Martin Hoffer

→ Anwohnerparken nach der StVO	502
--	-----

In Wien werden im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung seit einigen Jahren sog Anwohnerparkzonen eingerichtet. In diesem Beitrag wird auf Basis der StVO 1960 untersucht, welche rechtlichen Bestimmungen als Grundlage für solche Anwohnerparkzonen herangezogen werden können und welche Zulässigkeitsvoraussetzungen dabei zu beachten sind. Schließlich wird der Frage nachgegangen, ob – entsprechend der Wiener Behördenpraxis – eine Verknüpfung von Anwohnerparkzonen mit Kurzparkzonen rechtlich geboten ist oder ob Anwohnerparkzonen zulässigerweise auch außerhalb von Kurzparkzonen errichtet werden können.

Von Christian Piska und Sofie Schock

→ AnwohnerInnenparkzonen	507
------------------------------------	-----

Das Wiener Modell

Seit dem Jahr 2012 werden in Wien AnwohnerInnenparkzonen geschaffen, um die Stellplatzsituation für AnwohnerInnen spürbar zu verbessern. Voraussetzung hierfür ist eine hohe Stellplatzauslastung trotz einer bereits bestehenden flächendeckenden Kurzparkzone. Maximal 20% der Nettostellplätze können solchermaßen AnwohnerInnen vorbehalten werden.

Von Markus Raab

→ Die grüne Parkzone am Beispiel Graz	509
---	-----

Parken gegen Gebühr ohne zeitliche Beschränkung versus Kurzparken nach der StVO

Im Jahr 2007 wurden in Graz gebührenpflichtige Parkplätze, sog „grüne Parkzonen“, eingerichtet. Die Praxis zeigt, dass diese eine durchaus probate Ergänzung zu den Kurzparkzonen im innerstädtischen Kernbereich darstellen. Der Beitrag bietet einen Überblick über die relevanten Rechtsgrundlagen, die Besonderheiten und Möglichkeiten dieser Parkraumbewirtschaftungsalternative im Vergleich zu den Kurzparkzonen und eine kritische Betrachtung.

Von Gottfried Pobatschnig

→ Zur historischen Entwicklung der Wegefreiheit im ForstG	514
---	-----

Unter besonderer Berücksichtigung des Befahrens des Waldes mit Fahrrädern

Der Beitrag beleuchtet den Problemkreis kompakt, gibt einen geschichtlichen Einblick und zeigt die aktuelle Diskussion auf.

Von Johannes Pepelnik

- **Betretungsrechte und -verbote** 519
 Die Forderung der Öffnung des Waldes und der Forststraßen für alle Freizeitnutzer besteht seit Jahrzehnten und wird wiederkehrend mit unterschiedlicher Vehemenz vertreten. Eine Untersuchung, inwieweit an Hand der schon bestehenden gesetzlichen Regularien weitergehende Inanspruchnahmen möglich sind, wird hier erstmals und mit dem Ergebnis unternommen, dass es keiner gesetzlichen Anpassungen bedarf, um im allgemeinen Interesse notwendige Ausweitungen der Freizeitinfrastruktur zu schaffen.
Von Stephan Probst
- **Öffnung der Forststraßen für das Mountainbiken** 528
Juristische und politische Aspekte der Freigabe von Forststraßen aus Sicht des Alpenvereins
 Das Thema hat im Österreichischen Alpenverein eine Diskussion angeheizt, wie sie der Verein schon lange nicht mehr erlebt hat. Als dessen Präsident kann ich berichten, dass nach Bekanntwerden der Forderung die Telefone heiß liefen und die E-Mails und Briefe nicht enden wollten. Wir waren deshalb darüber sehr überrascht, da die Naturfreunde Österreich einige Monate vorher nahezu die gleiche Forderung sehr öffentlichkeitswirksam erhoben hatten, die aber zu keiner nachhaltigen öffentlichen Diskussion geführt hat.
Von Andreas Ermacora
- **Mountainbiken im Wald** 531
Fair Play Modell Kärnten
 Verschiedenste Gruppen fordern, ohne genaue Hintergründe zu wissen, die generelle Freigabe des Waldes zum Zwecke des Mountainbikens. Nicht die gesetzliche Zwangsöffnung, sondern vernünftige vertragliche Regelungen sind anzustreben. Diese ermöglichen eine konfliktfreie Ausgestaltung und ein gezieltes Wegemanagement.
Von Mario Deutschmann
- **Der Einfluss der Terrorgefahr auf das Reiserecht** 536
 In den letzten Jahren ist es verstärkt zu Terrorangriffen gekommen, von denen insb klassische Urlaubsländer – wie Tunesien, Ägypten oder auch die Türkei – betroffen waren. Mit dieser Änderung der welt-politischen Situation ist die Terrorgefahr gerade für Reisende ein wichtiges Thema geworden. Dieser Beitrag geht der Frage nach, welchen Einfluss die Terrorgefahr im Reiserecht aus zivilrechtlicher Sicht hat.
Von Thomas Schoditsch
- **Wegweisende Entscheidungen von OGH, EuGH und BGH zum Internationalen Verkehrsrecht** 541
 Während in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten der Rom I-VO am 17. 12. 2009 und der Rom II-VO am 11. 1. 2009 kaum höchstgerichtliche Judikatur erging, sind nun die ersten wegweisenden Leitentscheidungen des EuGH, BGH und des OGH veröffentlicht worden; diese betreffen aber nicht nur das anwendbare Recht, sondern insb auch die gerichtliche Zuständigkeit und damit letztlich auch die (außergerichtliche) Schadensregulierungspraxis.
Von Alexander Wittwer
- **Haftungsrechtliche Aspekte des autonomen Fahrens** 546
 Der Beitrag untersucht, ob und wie das österr Schadenersatzrecht auf technische Neuerungen im Straßenverkehr vorbereitet ist. Durch die Autonomisierung des Autofahrens entstehen neue (Schadens-)Fallkonstellationen, die aber mit den bestehenden Haftungsregeln (§§ 1293 ff ABGB; EKHG; PHG) sachgerecht gelöst werden können.
Von Maximilian Harnoncourt
- **Rehabilitation unfallverletzter Menschen** 553
 Ein schwerer Unfall kann das Leben des Unfallopfers und das seiner Familie dramatisch verändern. Auch die beste medizinische Versorgung und die optimale Nutzung des breiten Angebots an Reha-Einrichtungen garantieren nicht unbedingt, dass der Verletzte problemlos wieder in den Alltag und in die Arbeitswelt eingliedert wird.
Von Christine Maurer, Christine Riedel und Hans-Georg Schleich

Standards

- **Impressum** 485